

Constantin Schreiber bedroht

Sie stempeln dich zum „Islamfeind“, dann ist alles möglich

„Tagesschau“-Sprecher Constantin Schreiber will nicht mehr öffentlich über den Islam sprechen. Er will die Bedrohung nicht mehr ertragen. Islamisten und Linksextreme üben nicht nur in seinem Fall Druck aus. Ein Gastbeitrag.

Von SUSANNE SCHRÖTER



© Sophie-Marie Erxmeyer

Constantin Schreiber (l.) nach der Attacke während seiner Buchvorstellung in Jena

In der vergangenen Woche gab der „Tagesschau“-Sprecher Constantin Schreiber in einem Interview in der „Zeit“ bekannt, er werde sich künftig nicht mehr zu Themen äußern, die mit dem Islam zusammenhängen. Als Grund gab er an, die Herabwürdigungen und Bedrohungen, denen er seit Jahren ausgesetzt ist, nicht länger zu ertragen. Das letzte Tüpfelchen auf dem i muss der tötliche Angriff an der Universität Jena am 29. August gewesen sein, bei dem ihm ein Mitglied der Unabhängigen Radikalen Linken (URL) Jena eine Torte ins Gesicht klatschte. Besonders schmerzlich habe er das Lavieren der Veranstalter, das lange Schweigen der Universität, die sich erst mit zwei Tagen Verzögerung und nach Presseanfragen zu einem wachsweichen Statement bewegen ließ, und die zögerliche Reaktion journalistischer Kollegen empfunden.

An diesem Fall lässt sich symptomatisch der Zustand bundesdeutscher Debattenkultur aufzeigen. Sie ist durch eine zunehmende Tabuisierung kontroverser Themen gekennzeichnet, zu denen auch alles gehört, was mit dem Islam in Verbindung steht. Schreiber hat drei Bücher geschrieben, in denen die zweitgrößte Weltreligion eine Rolle spielt.

Unbequemer Teil der Wirklichkeit

Es handelte sich um eine Studie über Freitagspredigten in deutschen Moscheen, eine Untersuchung über Schulbücher in fünf islamischen Ländern und einen Roman, in dessen Mittelpunkt unschwer erkennbar eine Berliner Politikerin steht, die in sozialen Medien durch markige Kommentare auffällt. Sie wird als machtbewusst, intrigant und als Muslimin dargestellt, was Schreiber den Vorwurf der Islamfeindlichkeit einbrachte. Ob sich Rezensenten auch entrüsteten, käme ein Katholik in einer fiktiven Geschichte schlecht weg, darf bezweifelt werden.

Ähnliches gilt für die Sachbücher, die als islamophob abgekanzelt wurden, obgleich sie lediglich einen unbequemen Teil der Wirklichkeit beschreiben. Insbesondere seine Moschee-Studie wurde Schreiber übelgenommen. Er hatte herausgefunden, dass in etlichen muslimischen Gemeinschaften ein Weltbild vermittelt wird, das in vielerlei Hinsicht problematisch ist.

Für Wissenschaftler, die sich mit dem Islam befassen, war dies keine Überraschung. National-chauvinistische Reden und Kriegspropaganda, Predigten gegen den Westen, das Einschwören der Gemeinden auf ein Frauenbild, das die Dominanz von Männern bis hin zur Legitimität häuslicher Gewalt als gottgewollt absegnet, sowie antichristliche und antisemitische Rhetorik sind bestens dokumentiert.

Aufdecken von Misständen gehört zur Demokratie

Wer wissen möchte, warum die türkeistämmigen Wahlberechtigten bei der letzten türkischen Parlamentswahl in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Partei des amtierenden Präsidenten votiert haben, findet in der Indoktrination eine Antwort. Darüber zu schreiben ist genauso wenig islamfeindlich, wie die Benennung problematischer Strukturen in der katholischen Kirche katholikenfeindlich ist. Das Aufdecken von Misständen gehört zur Demokratie. Zu verantwortlichem Handeln gehört das Ansprechen von Problemen.

Dass dieses gute Prinzip bei „islamischen Angelegenheiten“ außer Kraft gesetzt wird, ist erklärungsbedürftig. Wer wissen möchte, wie es zur Diskreditierung von Islamismuskritikern kommen konnte, muss die Stichwortgeber in den Blick nehmen.

Es handelt sich auf der einen Seite um Vorsitzende islamistischer Parteien und Regierungsvertreter von Ländern wie der Türkei oder Iran, um islamische Stiftungen in den Golfstaaten, das international aufgestellte Netzwerk der Muslimbruderschaft oder die mächtige Organisation für islamische Kooperation mit Sitz in Saudi-Arabien. Viele dieser Akteure unterhalten Dependancen in westlichen Ländern, stehen hinter Kulturvereinen und islamischen Verbänden und statten diese finanziell und ideologisch aus.

Seit Jahrzehnten arbeiten sie daran, den Kampfbegriff Islamophobie auf die politische Agenda westlicher Staaten zu setzen. Wie so etwas funktioniert, konnte man in anhand des European Islamophobia Report beobachten, den der Islamwissenschaftler Farid Hafez in Zusammenarbeit mit dem Erdogan-nahen Think Tank SETA herausgab. SETA war bereits durch Publikationen aufgefallen, in denen gegen deutsche Bürger mit türkischen,

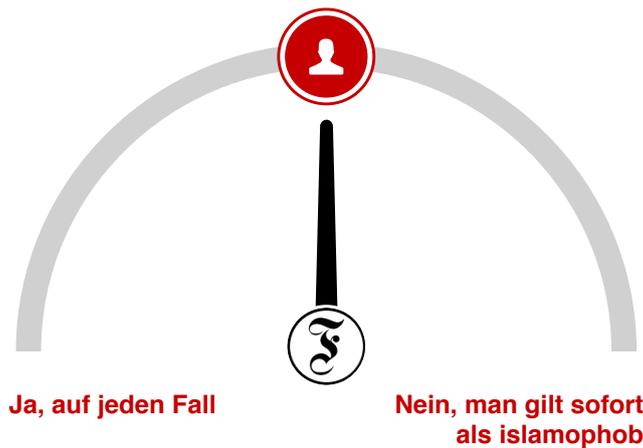
besonders aber mit kurdischen Wurzeln gehetzt wurde.

Hier finden Sie einen externen Inhalt von Opinary. Um externe Inhalte anzuzeigen, ist Ihre widerrufliche Zustimmung nötig. Dabei können personenbezogene Daten von Drittplattformen (ggf. USA) verarbeitet werden. Weitere Informationen.

Externe Inhalte aktivieren

LIVE ABSTIMMUNG ● 141 MAL ABGESTIMMT

Kann man in Deutschland noch den Islam kritisieren?



Franfurter Allgemeine

OPINARY ⓘ

Dies betraf die Journalisten Deniz Yücel und Mesale Tolu, den Grünenpolitiker Cem Özdemir sowie Ali Ertan Toprak, den Vorsitzenden der Kurdischen Gemeinde Deutschlands. Der European Islamophobia-Report war nichts anderes als eine Denunziationsplattform. Liberale Muslime, zu denen der Theologe Mouhanad Khorchide und die Imamin Seyran Ates gehören, wurden ebenso als Islamfeinde gebrandmarkt wie Kritiker des politischen Islam oder des türkischen Präsidenten.

Warum spielt ein Teil der Linken das Spiel mit?

Als besonders perfide sollte sich das Vorgehen erweisen, diese Menschen zusammen mit Rechtsradikalen und tatsächlichen Islamfeinden in einem Block zu präsentieren. Das Ziel war klar: Wer sich dem Islamismus entgegenstellte oder eine theologisch begründete Alternative anbot, wurde als rechtsextrem verunglimpft. Diese Strategie hatte Hafez bereits an der amerikanischen Georgetown-Universität angewendet. Die Georgetown-Universität unterhält enge Beziehungen zu Qatar, die finanzielle Transferleistungen beinhalten.

Der Golfstaat wird immer wieder als Förderer der radikalen Muslimbruderschaft genannt und ist vor einigen Jahren durch Recherchen der französischen Journalisten Christian

Chesnot und Georges Malbrunot in die Schlagzeilen geraten, die nachweisen konnten, wie von dort aus die Ausbreitung eines fundamentalistischen Islam gefördert wird. Auch bei einem Bestechungsskandal im Europäischen Parlament, der Anfang dieses Jahres ans Licht der Öffentlichkeit gelangte, soll Qatar beteiligt gewesen sein. Hafez selbst stand bis Anfang dieses Jahres wegen vermuteter Aktivitäten für die Muslimbruderschaft im Mittelpunkt eines Ermittlungsverfahrens in Österreich.

Dass Islamisten und muslimische Autokraten ein Interesse daran haben, Kritik zu unterbinden, leuchtet ein, doch warum spielt ein Teil der europäischen Linken das Spiel mit? Der Angriff auf Constantin Schreiber an der Universität Jena ging von einem Mitglied der Gruppe aus, die auf ihrer Homepage bekundet, sich für die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien einzusetzen, die von syrischen Dschihadisten und vom türkischen Präsidenten bedroht wird.

Unmittelbar, nachdem die Schergen des sogenannten Islamischen Staats mit Unterstützung der kurdischen Selbstverteidigungskomitees militärisch geschlagen wurden, ordnete der türkische Präsident einen völkerrechtswidrigen Einmarsch der türkischen Armee in die kurdischen Gebiete an. Die türkischen Soldaten verbrannten die Felder der Bauern, zerstörten ihre Häuser und vertrieben die Menschen.

Es kam zu Morden und Vergewaltigungen. In deutschen Moscheen wurde die Militäroperation durch antikurdische Propaganda unterstützt, die türkischstämmige Muslimen auf Regierungskurs bringen sollte. Als Reaktion darauf kam es zu Angriffen kurdischer und deutscher Aktivisten aus dem Spektrum der autonomen Linken auf türkische Kulturzentren und Moscheegemeinden. Mal wurden Graffiti angebracht, mal Scheiben eingeworfen. Von der Seite muslimischer Verbandsvertreter wurden die Attacken zu Zeichen eines antimuslimischen Rassismus umgedeutet.

Ich kann mich an einen von Constantin Schreiber in Berlin geleiteten Workshop erinnern, in dem ich die Vertreterin eines deutschen Islamverbands, die von einer Zunahme antimuslimischer Übergriffe schwadronierte, mit diesen Tatsachen konfrontierte. Müßig zu erwähnen, dass sie davon nichts hören wollte, weil es nicht in ihr Kalkül passte. Die Mär einer allgegenwärtigen Islamfeindlichkeit sollte im öffentlichen Diskurs platziert werden, und Konfrontationen mit der Realität stören.

Benötigt der Westen „ein abgewertetes Anderes“?

Dass sich eine linksradikale Gruppe wie URL Jena jetzt in einen islamistischen Diskurs einschreibt, ist daher auf den ersten Blick bemerkenswert. Auf den zweiten Blick muss man konstatieren, dass Allianzen zwischen Linken und Islamisten seit Langem evident sind. Bereits in den frühen 1970er-Jahren hatte der an der Columbia-Universität lehrende Literaturwissenschaftler Edward Said den Grundstein für eine Theorie gelegt, die es ermöglicht, Kritik am Islamismus als Spielart des Rassismus zu verunglimpfen. Der Westen, so die zentrale These, benötige ein abgewertetes Anderes, um seine eigenen Dominanzaspirationen zu verwirklichen.

Dieses Andere habe er im Bild des Orients als minderwertigem Gegenstück zum Okzident erschaffen. Im Rückblick auf die Rezeption seines bahnbrechenden Werks „Orientalismus“

zeigte Said sich zwar schockiert, dass er für eine Legitimation des Islamismus missbraucht wurde, doch der Geist war aus der Flasche entwichen und ließ sich nicht mehr einfangen. 1978 schwärmte der französische Philosoph Michel Foucault von der politischen Spiritualität der islamischen Revolution in Iran, und auch Jean Paul Sartre applaudierte den fanatisierten Massen, die einer der schlimmsten islamistischen Diktaturen den Weg bereiteten. Das Kalkül dieser Linken war schlicht.



© dpa

„Tagesschau“-Moderator Constantin Schreiber will nicht mehr öffentlich über den Islam sprechen.

Da die viel beschworene „Arbeiterklasse“ für sozialistische Ambitionen nicht zur Verfügung stand, mussten neue revolutionäre Subjekte gefunden werden. Die Wahl war zunächst auf die antikolonialen Bewegungen des Teils der Erde gefallen, der heute unter dem Begriff des globalen Südens firmiert, doch die Entwicklungen waren nach dem Ende der Dekolonialisierung alles andere als glorreich.

Freiheitshelden wurden zu Diktatoren, Korruption grassierte, und von den anvisierten klassenlosen Gesellschaften war keine Spur zu entdecken. In dieser deprimierenden Situation verfiel man auf die Muslime als neue Allianzpartner. Einige Dinge stimmten auf Anhieb. Vertreter islamischer Organisationen waren dezidiert antiamerikanisch eingestellt und konnten für eine antiimperialistische Kooperation genutzt werden. Grundsätzlich konnte man sich auf die gemeinsame Feindschaft gegenüber dem Westen verständigen. Linke und Islamisten teilten die These, erst der europäische Kolonialismus habe Ausbeutung und Ungerechtigkeit in die Welt gebracht, und behaupteten eine ungebrochene Kontinuität kolonialen Denkens im Westen.

Parallel entstand an britischen Universitäten das Konzept eines Rassismus ohne Rassen. Dabei teilte man die Gesellschaft in eine tendenziell rassistische Tätergruppe, die primär durch eine weiße Hautfarbe definiert wurde, und mehrere von Rassismus betroffene Opfergruppen, die höchst divers zusammengesetzt waren. Muslime wurden den Opfergruppen zugeordnet.

Ausschluss aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft

Hier ist der Ursprung des Begriffs antimuslimischer Rassismus zu suchen, der im

wissenschaftlichen Diskurs Furore machen sollte und in die politische und gesellschaftliche Debatte einsickerte. Saids These wurde in trivialisierter Form zur Behauptung heruntergebrochen, Muslime seien das ausgeschlossene Andere, das die Gesellschaft benötige, um ihr Herrschaftssystem aufrechtzuerhalten. Selbst der akademische Feminismus entdeckte den Islam als Folie für eine empirisch schwache, aber umso wortgewaltiger vorgetragene Kritik an westlichen Gesellschaften.

Ganze Generationen von Sozial- und Kulturwissenschaftlerinnen mühten sich seit den 1990er-Jahren ab, die kopftuchtragende Muslimin als Opfer eines rassistisch-westlichen Dominanzstrebens auszumachen. Kritik an patriarchalen und menschenrechtsfeindlichen Strukturen in muslimischen Communities oder am islamischen Fundamentalismus verboten sich angesichts der gewagten Wirklichkeitsbetrachtung. Wer sich nicht daran hielt, musste damit rechnen, aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden.

Die türkeistämmige Soziologin Necla Kelek erlebte dies im Jahr 2005. Weil sie sich mit Zwangsverheiratungen und dem Elend importierter Ehefrauen befasst hatte, formierte sich eine Gruppe von 70 Migrationsforschern zu einer Rufmordkampagne, die ihre akademische Laufbahn beendete. Der Politikwissenschaftler Bassam Tibi zog es angesichts des repressiver werdenden Klimas an deutschen Universitäten vor, seine Tätigkeiten von den USA aus weiterzuführen, und der Politologe Hamed Abdel-Samad verlegte sich auf das Schreiben von Sachbüchern, nachdem man ihm unmissverständlich zu verstehen gegeben hatte, dass Kritik am Islam eine wissenschaftliche Karriere unmöglich mache.

Es muss nicht betont werden, dass Islamisten von diesem akademischen Trend entzückt waren. Der Schulterschluss mit linken Wissenschaftlern und Aktivisten war vielversprechend, wenngleich er nur auf einem gemeinsamen Feindbild basierte. Letzteres wurde in der einheimischen Gesellschaft gefunden. Mit fragwürdigen Items wurden Studien vorangetrieben, die eine tief verwurzelte Islamfeindlichkeit der Bevölkerung zum Vorschein bringen sollten. Gefragt wurde beispielsweise, ob der Islam eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht habe. Wer dieser in jeder Hinsicht unterkomplexen Aussage nicht zustimmte, wurde als Islamfeind verbucht.

Wegducken der demokratischen Gesellschaft

Das vorläufig letzte Produkt einer solchermaßen konstruierten Islamfeindlichkeit ist der Bericht der Unabhängigen Expertenkommission Muslimfeindlichkeit, der jede Kritik am Islamismus oder an Schief lagen in muslimischen Gemeinschaften umstandslos als antimuslimischen Rassismus verurteilt. Der Bericht wurde mit einem Vorwort von Nancy Faeser vom Bundesinnenministerium herausgegeben. Dass die Daten teilweise von Organisationen stammen, die vom Verfassungsschutz als islamistisch eingestuft werden, macht deutlich, wie weit die Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und problematischen Akteuren mittlerweile gediehen ist.

Es muss nicht betont werden, dass antimuslimischer Rassismus als „rechts“ im Sinne von „rechtsradikal“ verortet wird, so wie es islamistische Akteure vor Jahren vorgeschlagen hatten. Damit geraten alle, die sich kritisch mit dem Islamismus auseinandersetzen, in den Ruf, rechts im Sinne von rechtsradikal zu sein. Nur in einem derart vergifteten Klima ist es

möglich, dass linksradikale Aktivisten einen Buchautor bei einer Lesung angreifen können und niemand einschreitet.

Wer Partei ergreift, muss nämlich befürchten, selbst als Rassist, Islamfeind oder Rechtsradikaler verunglimpft zu werden. Das Prinzip der Kontaktschuld hat Hochkonjunktur. Ich selbst werde seit Jahren aus islamo-linken Kreisen mit entsprechenden Vokabeln bedacht und kenne die Angst im Kollegenkreis, sich zu meinen Gunsten einzumischen. Für Islamismuskritiker, aber auch für liberale Muslime ist ein Wegducken der demokratischen Gesellschaft jedoch fatal, denn es zerstört nicht nur ihren Ruf, sondern liefert sie auch gewalttätigen Islamisten aus.

Ungehindert verbreiten radikale Organisationen wie „Muslim interaktiv“ oder die im Rhein-Main-Gebiet beheimatete Gruppe „Realität Islam“ in sozialen Medien Videos, in denen Islamismuskritiker als Feinde des Islam dargestellt werden. Welche Konsequenzen dies haben kann, wissen wir seit der Fatwa gegen Salman Rushdie, der in diesem Jahr schwer verletzt einen Anschlag überlebte, sowie der Ermordung der Mitarbeiter von „Charlie Hebdo“ und des Lehrers Samuel Paty. Auch in Deutschland leben Islamismuskritiker gefährlich – besonders wenn sie Muslime sind. Seyran Ates, Ahmad Mansour und Hamed Abdel-Samad können sich nur mit Polizeischutz bewegen, und viele andere Personen sind durch eine Gefährdungstufe in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Wenn ein Taxifahrer dem „Tagesschau“-Sprecher droht, er wisse jetzt, wo er wohne, dann ist dies ernst zu nehmen. Indifferenz kann tödlich sein.

Dass Constantin Schreiber dem Druck nicht mehr standhalten kann und sich zurückziehen möchte, ist nachvollziehbar und verständlich. Aber es ist auch ein schlechtes Zeichen für die Demokratie und die grundgesetzlich verbürgten Freiheitsrechte. Einschränkungen der Meinungsfreiheit im Namen fragwürdiger Ideologien nutzen nur den Extremisten auf allen Seiten. Dass Constantin Schreiber angesichts multipler Bedrohungen alleingelassen wurde, ist für uns alle, die wir nicht rechtzeitig eingegriffen haben, beschämend. Demokratie lebt von Demokraten, die zu Zivilcourage fähig sind.

Susanne Schröter ist Professorin für Ethnologie und Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam an der Universität Frankfurt. Vom 1. Oktober an hat sie eine Forschungsprofessur inne, das „Goethe Research Professorship“, und wirkt am Aufbau des Transfer- und Kompetenzzentrums Islam der Uni Frankfurt mit.

Quelle: F.A.Z.